



Petersplatz 1  
4003 Basel  
Tel.: 061 267 30 06  
Email: skuba@stud.unibas.ch

Basel, 31. März 2009

# Semestergebühren: Für Partizipation – gegen Erhöhung!

**Die skuba fordert Mitbestimmung bei den Gebühreneinnahmen der Universität**

*://Verabschiedet an der Sitzung des Studierendenrats vom 31. März 2009.*

Wissen ist eine Errungenschaft, die allen Menschen offen stehen soll. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 besagt: „Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. [...] der Hochschulunterricht muss allen gleichermassen entsprechend ihren Fähigkeiten offen stehen.“<sup>1</sup>

## **Semestergebühren an der Universität Basel:**

- Die Semestergebühren machen **unter 5 % des universitären Budgets** aus. Wenn man die 11'800 Studierenden des Herbstsemesters 2008 als Berechnungsgrundlage heranzieht, kommt man auf eine Summe von CHF 17'920'000 an Semestergebühren. Das Budget der Universität Basel betrug im Jahr 2008 CHF 518'000'000. Die Semestergebühren machen davon gerade 3,5% aus!
- Semestergebühren können **niemals** das Budget der Universität für Lehre und Forschung decken.
- Semestergebühren sind mit CHF 700 im interkantonalen Vergleich **bereits hoch**.<sup>2</sup>
- **Neben den Semestergebühren werden an einzelnen Fakultäten zusätzliche Abgaben**, wie etwa die Prüfungsgebühren an der medizinischen Fakultät von den Studierenden entrichtet

## **Gründe gegen eine Erhöhung**

Der Bologna-Prozess brachte eine Verschulung des Studiums. Die Studierenden sind durch diese Verschulung nicht mehr so flexibel wie frühere Generationen. Konkret bedeutet dies, dass es wesentlich schwieriger wurde, neben dem Studium einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Muss ein Studierender neben den steigenden Lebenshaltungskosten auch noch hohe Semestergebühren finanzieren, so ist dies für einige Studierende eine grosse zusätzliche. Gerade für potentielle

---

<sup>1</sup> Art. 26 Abs. 1 AEMR; Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948.

<sup>2</sup> Semestergebühren (in CHF): Universität Bern = 600.-, Universität Zürich = 640.-, Universität Lausanne= 580.-, Universität Geneve = 500.-, Universität Fribourg = 650.-, Universität Neuchatel = 515.-.

Studierende, die keine Aussicht auf Unterstützung der Eltern haben, kann dies eine zu hohe Hürde darstellen.

Zudem gehen vor allem Studierende mit geringer finanzieller Unterstützung (Elternhaus etc.) einem Nebenerwerb mit zeitlich hoher Arbeitsbelastung nach, die wiederum – sogar bei einem Jahresgehalt, welches unter den minimalen Lebenshaltungskosten liegt – zu einer Steuerbelastung führt.

Erschwerend kommt hinzu, dass Ausbildungsbeiträge, die als staatliche Gegenmassnahme zur sozialen Ungleichheit gedacht sind, in der Schweiz uneinheitlich verteilt werden. Das Stipendienwesen ist in der Schweiz durch die Kantone organisiert, was sich in unterschiedlichen Stipendiensystemen und besonders in unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen für die Bezugsberechtigung von Stipendien äussert. Gleiche Chancen für alle Studierenden der Schweiz sind daher nicht nur deshalb nicht gewährleistet! Zu nennen sind auch die hohe Zahl der Akademiker-Kinder an Universitäten und die Gender-Schere !

Unhaltbar ist ausserdem, dass der Gesamtbetrag aller kantonalen Ausbildungsbeihilfen seit 1990 um 10% abgenommen hat, und dass die Summe der Ausbildungsbeihilfen weder den höheren Studierendenzahlen, noch den steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wurde.<sup>3</sup>

Die Frage der Ausbildungsbeihilfen ist nach wie vor ungelöst und erfordert endlich eine Antwort auf Bundesebene.

### ***Verstärkte Mitbestimmung – gewinnbringend für alle***

Auf Ebene der Universität hingegen könnten bereits jetzt ohne zusätzliche Kosten, aber zielführende viele Veränderungen herbeigeführt werden. Die aktuellen Studienverhältnisse stellen Herausforderungen dar, welche Universität, Fakultäten und Studierende gemeinsam angehen sollten. Die skuba fordert deshalb, dass die finanziellen Mittel, die sich aus den Semestergebühren ergeben, zweckgebunden in Projekte zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Lehre fliessen. Die Umsetzung soll durch die skuba mitbestimmt, gewährleistet und begleitet werden.

In einigen Studienrichtungen wie der Medienwissenschaft oder anderer Phil.I.-Studienfächer liegen ungenügende Betreuungsverhältnisse vor. Diese gilt es durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Ein gesamtuniversitäres Programm zur Didaktikweiterbildung des akademischen Nachwuchses könnte deren Berufschancen und die Qualität der Lehre erhöhen. Überdies könnten unter konstruktiver Mitarbeit mit den Studierenden repräsentative Evaluationen durchgeführt und neue Lehrformen eingeführt werden. Diese Beispiele offenbaren nur die naheliegenden Möglichkeiten. Wenn die Studierenden direkt aus ihrem finanziellen Beitrag durch die Semestergebühren einen lerntechnischen Nutzen ziehen können, wirkt sich dies positiv auf die Qualität der Lehrveranstaltungen, den Erfolg der Studierenden und die Attraktivität der Universität aus.

### ***Fazit:***

#### **1. Zur Wahrung der Chancengleichheit gegen Erhöhung der Semestergebühren**

Die Verschulung durch den Bologna-Prozess, die zusätzlichen Belastungen der Nebenerwerbstätigkeit und die ungelöste Frage der Ausbildungsbeihilfen sind schon Herausforderungen genug. Die politischen Entscheidungsträger müssen sich bewusst sein, dass

---

<sup>3</sup> Bundesamt für Statistik 2007: Kantonale Stipendien und Darlehen, S. 13.

sich die Universität Basel mit einer Erhöhung der Semestergebühren wesentlich von der Chancengleichheit entfernt.

## **2. Im Interesse unseres Wirtschafts- und Wissensstandorts für Partizipation der Studierenden bei den Gebühreneinnahmen der Universität Basel**

Der finanzielle Beitrag der Studierenden, rund 3.5% des Globalbudgets, wird zu einem wirksamen Instrument der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Lehre. Dies ermöglicht in gemeinsamer Zusammenarbeit innovative Lösungen, stärkt die studentische Partizipation und ist gewinnbringend für alle. Finanzielle Belastungen führen unter anderem zu einer Verlängerung des Studiums, was nicht im Sinne der Wirtschaft ist.